



Foto: dpa

Vier Tage war S.H. der Dalai Lama Anfang Juni zu Gast in Deutschland. Seine Reise führte ihn nach Osnabrück und Münster, wo er aus Anlaß der Feiern zum 350. Jahrestag des Westfälischen Friedens eingeladen war, und nach Berlin, wo er auf einer Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung zum Thema „50 Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ sprach. Tausende von Menschen versammelten sich zu den öffentlichen Veranstaltungen mit dem Dalai Lama in Osnabrück, Münster und Berlin.

Wo ist der Pantschen Lama?

Die chinesischen Behörden haben widersprüchliche Angaben über den Verbleib des 1995 vom Dalai Lama ernannten Pantschen Lama, Gendün Tschökyi Nyima, gemacht. Der Vize-Gouverneur der „Autonomen Region Tibet“, Yang Chuantang, sagte gegenüber einer österreichischen Delegation, die unter der Leitung von Außenminister Wolfgang Schäussel nach Tibet gereist war, der neunjährige Junge lebe in Tibet, und zwar in seinem Heimatdorf Lhari, 250 Kilometer von Lhasa entfernt. Eine Gruppe evangelischer Christen aus den USA kam mit der Information aus Tibet wieder, der 11. Pantschen Lama befinde sich in Peking. Bereits im Mai 1996 hatte es offiziell geheißt, Gendün Tschökyi Nyima befinde sich „auf Verlangen seiner Eltern unter dem Schutz der Regierung“, weil er in Gefahr stehe, „von Separatisten gekidnappt zu werden“. Der Dalai Lama sagte während seiner Japanreise im April 1998, er wisse nicht, wo sich der junge, von ihm ernannte Pantschen Lama befinde, der seit 1989 nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen wurde. bs

15 Mönche aus „rebellierendem Kloster“ verhaftet

15 Mönche haben im März dieses Jahres in dem abgelegenen ländlichen Kloster Rongpo Rabten in der Region Sog, 400 Kilometer nordöstlich von Lhasa, für die Unabhängigkeit Tibets protestiert. Dies berichtet das *Tibet Information Network* (TIN). Mit ihrer Demonstration reagierten die Mönche offenbar auf eine patriotische Umerziehungskampagne, die ab März in ihrem Kloster durchgeführt wurde und in der sie gezwungen werden sollten, den Dalai Lama zu verunglimpfen. Als sich die Mönche weigerten und Slogans für das lange Leben des Dalai Lama und die Unabhängigkeit Tibets riefen, entsandten die chinesischen Machthaber Truppen und rund 40 Beamte aus Lhasa in die schwer zugängliche Region und verhafteten die 15 Mönche.

Bereits seit Mai 1996 hatte es Eingriffe der Chinesen in das religiöse Leben des Klosters gegeben. Die Kommunisten erließen das Verbot, Fotos des Dalai Lama aufzuhängen und starteten eine Umerziehungskampagne. Sie verfügten, daß nur noch 150 der 400 Mönche die Erlaubnis bekamen, am kompletten Klosterleben teilzunehmen, das heißt, dort zu übernachten und die Studienklassen zu besuchen. Der stellvertretende Parteisekretär in der sogenannten Autonomen Region Tibet, Raidi, veranlaßte schon 1996, daß mehr chinesische Beamte in die Region Sog geschickt wurden, um für „Stabilität“ zu sorgen. In einer Pressekonferenz in Peking im März 1998 zeigte Raidi sich zufrieden über die Umerziehungskampagne, im Zuge derer insgesamt „35.000 Mönche und Nonnen auf den rechten Weg gebracht wurden.“ Die Kampagne habe „sehr gute Resultate“ gezeigt. Die Situation in den drei großen Klöstern, Sera, Drepung und Ganden bezeichnete er als stabil. Aus Sicht der Tibeter hat die „Umerziehungskampagne“ der chinesischen Regierung sich sehr negativ ausgewirkt. In einem kürzlich veröffentlichten Bericht des *Tibetan Centre for Human Rights and Democracy* über die Unterdrückung der Religionsfreiheit in Tibet heißt es, daß seit April 1996 fast 4000 Mönche und Nonnen aus ihren Klöstern vertrieben und einige Klöster ganz geschlossen worden seien. In fast allen Klöstern Tibets seien Chinesen eingerückt, um Mönchen und Nonnen Unterricht in Patriotismus zu erteilen und Propaganda-Sitzungen gegen den Dalai Lama abzuhalten. bs

Gefahren: Delegationen besuchen tibetisches Gefängnis

Die Debatte über den Sinn und Zweck von Besuchen westlicher Delegationen in Tibet, die von den chinesischen Behörden durchorganisiert werden, ist neu entflammt. Drei Tage vor dem Besuch einer Delegation der Europäischen Union in Lhasa hat es am 1. Mai 1998 Proteste im Drapchi-Gefängnis gegeben. Nach Aussagen des *Tibet Information Network* (TIN) in London soll dabei ein tibetischer Gefangener an den Folgen brutaler Schläge des Sicherheitspersonals getötet worden sein. Der Vorfall ereignete sich während einer Zeremonie am 1. Mai, einem staatlichen Feiertag in China, bei der die chinesische Flagge gehißt wurde. Einige Tibeter hatten daraufhin „Lang lebe der Dalai Lama“ gerufen. Berichten des *Tibetan Centre for Human Rights and Democracy* aus Dharamsala zufolge sollen chinesische Sicherheitsleute auf 80 politische Gefangene geschossen haben. Die Organisation beruft sich auf einen vertraulichen Brief, der ihr am 15. Mai aus Tibet zugespielt wurde. Darin heißt es, die Tibeter, unter ihnen 30 Frauen, hätten im Gefängnis für die Unabhängigkeit Tibets demonstriert und die tibetische Flagge gezeigt. Von offizieller chinesischer Seite wurde der Vorfall nicht kommentiert. Die örtliche Polizei dementierte auf Anfrage von Journalisten den Bericht.

Am 4. Mai, dem Tag des Besuchs der europäischen Delegation im Gefängnis, haben rund 80 politische Gefangene in Drapchi demonstriert und Poster verteilt, auf denen die Unabhängigkeit Tibets gefordert wird. Die chinesischen Sicherheitsbeamten griffen sofort ein, um die Kundgebung aufzulösen. Die Vertreter der EU, die zu einem „Dialog über Menschenrechte“ angereist waren, hatten offenbar keine Ahnung, was im Gefängnis vorgefallen war. Wie das *Tibet Information Network* berichtet, hatte es bereits im Oktober letzten Jahres Proteste im Drapchi-Gefängnis gegeben, während eine UN-Delegation zu Besuch war. Gefangene, die Sympathie für den Dalai Lama bekundet hatten, sollen geschlagen und in Einzelhaft gesteckt worden sein, nachdem die UN-Beamten, die im Auftrag der „Arbeitsgruppe zu willkürlicher Inhaftierung“ unterwegs waren, das Gefängnis verlassen hatten.

Im Bericht der Arbeitsgruppe, die der UN in Genf vorgelegt wurde, werden die Vorfälle nicht erwähnt. Auch haben die UN-Vertreter später keine weiteren Nachforschungen über das Wohlergehen der betroffenen Gefangenen angestellt. Ein Sprecher der Kommission, der den Besuch als „im allgemeinen erfolgreich“ bezeichnet hatte, sagte, er wisse nichts über die Auseinandersetzungen in Drapchi. Die chinesischen Behörden hatten mehrmals versichert, daß die Tibeter, die bei der Ankunft der Delegation „Lang lebe der Dalai Lama“ gerufen hatten, keine Repressionen zu befürchten hätten. Ihr Gesundheitszustand, so die offizielle Darstellung, sei „recht gut“. Berichten von TIN zufolge sind die Betroffenen tagelang verhört und schwer geschlagen worden.

Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* in New York hatte sich früher schon gegen Gefängnisbesuche westlicher Delegationen in Tibet ausgesprochen, um die Inhaftierten nicht zu gefährden. „Dieser Vorfall zeigt eindeutig, daß die Gefahr wirklich besteht,“ sagte ein Sprecher der Organisation. Auch bei früheren Besuchen in Drapchi hatte es ähnliche Vorfälle gegeben. 1991 wurden fünf tibetische Gefangene schwer geschlagen und in Einzelhaft gesteckt, nachdem sie versucht hatten, dem amerikanischen Botschafter James Lilley eine Petition zu überreichen, auf der die Namen von gefolterten Häftlingen aufgelistet waren. Ebenfalls 1991 war eine Schweizer Delegation zu Besuch im Gefängnis. Tanak Jigme, der eine 20-jährige Haftstrafe abbüßte, rief beim Eintreffen der Schweizer Parolen gegen Mao Tsetung und für die Unabhängigkeit Tibets. Daraufhin erhöhten die chinesischen Behörden seine Strafe um weitere acht Jahre. Die Gefahr für die Gefangenen ist offensichtlich. Darüber hinaus ist unklar, was solche von China präparierten Gefängnisbesuche für die Delegationen selbst bedeuten. Die Vize-Bundestagspräsidentin Antje Vollmer hatte nach ihrer Tibetreise im September 1997 den Eindruck geschildert, ihr Besuch sei „manipuliert“ gewesen. Über die wahre Situation in Tibet haben die Reisenden kaum etwas erfahren. *bs*

Chinesen kontrollieren Landwirtschaft

Tibeter in Ostt Tibet, in der Nähe von Chamdo, werden gezwungen, ihr Weideland in Ackerflächen umzuwandeln und Bauern zu übergeben, die aus anderen Regionen Chinas kommen. Ein im März geflüchteter Mönch aus der betroffenen Gegend berichtete, daß die Chinesen die Landwirtschaft kontrollieren. Sie bestimmen, was, wann, wie angebaut wird und sichern sich den Zugriff auf alle Ernten. Dafür entlohnen sie die ländlichen Arbeiter, allerdings decken die Löhne nicht die Produktionskosten. Wer sich weigert zu arbeiten, muß Strafgeld bezahlen.

In nächster Zeit werden eine Million Chinesen die Gegend der drei Schluchten verlassen müssen, wo an einem Staudamm gearbeitet wird; hunderte von Städten und Dörfern werden überflutet sein. Tibeter befürchten, daß die Umsiedlungen dafür benutzt werden, weitere Chinesen in Tibet anzusiedeln und dadurch die Macht der Besatzer zu festigen.

Vermutlich werden die Chinesen in Gebiete umgesiedelt, die ursprünglich von den Tibetern bewohnt und bewirtschaftet wurden. *bs*

Hu Jinato – der neue chinesische Vizepräsident

Der Wirtschaftsreformer Zhu Rongji ist der neue Regierungschef in China. Er kam im Zuge der Neubildung der Regierung im März 1998 ans Ruder und versammelt in seinem Kabinett enge Vertraute und Wirtschaftsfachleute um sich. Sein Ziel ist es, die schwerfällige chinesische Wirtschaft weiter in Richtung Wettbewerb zu steuern, ohne soziale und politische Erdbeben auszulösen. In der Außenpolitik bleibt die Kontinuität erhalten, Personen aus dem Umfeld von Staats- und Parteichef Jiang Zemin bestimmen die Richtung.

Der neue Vizepräsident heißt Hu Jinato, ein ehemaliger Parteisekretär der sogenannten Autonomen Region Tibet.



Hu Jinato ist der neue chinesische Vizepräsident. Der 55-jährige, der Ende der 80er Jahre Parteisekretär der sog. Autonomen Region Tibet war, gilt als möglicher Nachfolger von Staats- und Parteichef Jiang Zemin, dessen Amtszeit im Jahr 2002 abläuft.

Er spielte eine führende Rolle, als die Demonstrationen für die tibetische Unabhängigkeit Ende der 80er Jahre

brutal niedergeschlagen wurden. Er war entscheidend daran beteiligt, die bis heute geltende Politik zu formulieren, nach der „Separatisten“ bekämpft und wirtschaftliche Reformen implementiert werden. Nach Einschätzung des *Tibet Information Network* hat der neue Mann an der Spitze Chinas in Tibet die notwendige Popularität erlangt, die ihn für ein hohes Amt im chinesischen Staat qualifiziert.

Mit 55 Jahren ist Hu Jinato das jüngste Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros; er zählt zu den fünf mächtigsten Männern im Staat. Seine Wahl zum Vizepräsidenten des Nationalen Volkskongresses am 16. März 1998 wird vielerorts als Signal gewertet, daß er die Nachfolge von Jiang Zemin antreten könnte. Hu Jinatos politische Karriere begann im November 1984, als er Führer der Kommunistischen Jugendliga wurde. Im ungewöhnlich jungen Alter von 42 Jahren wurde er Parteisekretär der Provinz Guizhou. Im Januar 1989 wechselte er nach Lhasa. Der Ingenieur Hu war damit der erste Zivilist in einer staatlichen Führungsposition; einige bezeichneten ihn als „jungen Reformer“.

Nur wenige Tage nach Hus Ankunft in Tibet am 28. Januar 1989 starb der 10. Panchen Lama, und die Proteste gegen die chinesischen Besatzer nahmen noch zu. Hu reagierte mit Gewalt: Er verhängte eine Nachrichtensperre, die bewaffnete Polizei schoß auf Demonstranten und setzte Tränengas ein. Am 7. März wurde das Kriegsrecht verhängt. Seine Hauptaufgabe in Tibet sah er im Kampf gegen den Separatismus, was ihm viel Sympathie bei den Hardlinern im Parteiapparat eintrug. Hu verbrachte wenig Zeit in Tibet, weil er das Höhenklima nicht vertrug. Ab Oktober 1990 lebte er meistens in Peking, ab März 1992 erledigte der gegenwärtige Parteisekretär Chen Kuiyuan fast alle praktischen Aufgaben vor Ort. Im Dezember 1992 gab Hu sein Amt in Tibet auf und wurde in den Ständigen Ausschuss des Politbüros befördert. *bs*

Hungerstreik ausgesetzt

Der Tibetan Youth Congress (TYC) hat seinen am 10. März begonnenen Hungerstreik (s. *Tibet und Buddhismus* Nr. 45) zeitweilig ausgesetzt. Damit reagierten die Aktivisten auf vage Versprechen einiger Regierungen, die Sache der Tibeter zu unterstützen. Regierungsvertreter aus Polen, USA, Ungarn, der Europäischen Union sowie aus Norwegen und Costa Rica bekundeten die Absicht, das Thema Tibet in bilateralen und multilateralen Gesprächen mit China zu erörtern. Tröstende Worte kamen von Parlamentariern Australiens, Litauens, Indiens, Kanadas und der USA. Vertreter des Jugendkongresses begründeten die Aussetzung des Hungerstreiks auch damit, daß der UN-Generalsekretär Kofi Annan und die UN-Kommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, sich in Schreiben an

die Hungerstreiker gewandt und ihre Betroffenheit zum Ausdruck gebracht hatten. Auf die Forderungen der Tibeter waren sie allerdings mit keinem Wort eingegangen. Mary Robinson plant während ihrer offiziellen Chinareise im September auch einen Abstecher nach Tibet, um sich „ein eigenes Bild über die Situation“ dort machen zu können. Die kämpferischen Tibeter, so heißt es aus Delhi, wollen den Verantwortlichen, vor allem in der UNO und in China, Zeit für eine friedliche Lösung des Tibetproblems geben. Große Hoffnung setzen sie auf den Besuch Clintons in China im Juni.

Offenbar hat die tibetische Regierung im Exil nach der Selbstverbrennung von Thupten Ngodup den Jugendkongress gedrängt, den Hungerstreik aufzugeben. Der

Kaschag, das tibetische Kabinett, hatte einen offiziellen Brief geschrieben, in dem die Abgeordneten das Ende der umstrittenen Aktion forderten. In ihrer Argumentation stützten sich die Minister auch auf den Dalai Lama, der erklärt hatte, daß er zwar die Entschlossenheit der Aktivisten bewundere, aber den Hungerstreik ablehne, weil er eine Form der Gewalt gegen sich selbst sei. Vermutlich befürchteten die Verantwortlichen in Dharamsala auch, daß die Tibeter sich mit solch drastischen Methoden die Sympathien verspielen, die sie überall in der Welt für ihr gewaltloses Engagement genießen. Am 26. April 1998 hatte die indische Polizei in Delhi drei Teilnehmer am Hungerstreik, deren Gesundheitszustand sehr kritisch war, abtransportiert und im Krankenhaus zwangsernähren lassen. Nachrichtenagenturen berichteten, daß rund 400 indische Polizisten im Einsatz waren. Ein Tibeter, Thupten Ngodup, hatte sich aus Protest gegen das Vorgehen der indischen Polizei mit Benzin übergossen und in Brand gesteckt. Tragischerweise erlag er einige Tage später seinen Verletzungen. Daraufhin hatten fünf weitere Tibeter den Hungerstreik fortgesetzt. Am 18. Tag ihres Fastens wurde die Aktion abgebrochen.

Der Jugendkongress deutet seinen abgebrochenen Hungerstreik als Erfolg. Aus allen Teilen der Welt, auch aus China selbst, brachten Organisationen und Einzelpersonen ihre Solidarität für Tibet zum Ausdruck, und Tibet war einige Tage Medienthema. In Indien und in anderen Teilen der Welt gab es Mahnwachen und Fastentage zur Unterstützung der Tibeter. Politisch blieb jedoch alles beim Alten. Die vom Jugendkongress geforderte Berufung eines UN-Sonderberichterstatters zur Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen in Tibet sowie ein aktiverer Einsatz der UNO, Verhandlungen zwischen der chinesischen und tibetischen Seite herbeizuführen, blieben bisher unerfüllt. Die Medien registrierten die dramatische Selbstverbrennung des Tibeters und gingen danach zur Tagesordnung über. Die führenden Politiker fühlten sich nicht gedrängt, konkrete Schritte zur Lösung des Tibetproblems zu unternehmen. Sie gehen weiter den bequemen Weg der Kooperation und spekulieren auf Veränderungen in China, während die Lage für die sechs Millionen Tibeter immer verzweifelter wird.

Birgit Stratmann

Aufgeschnappt

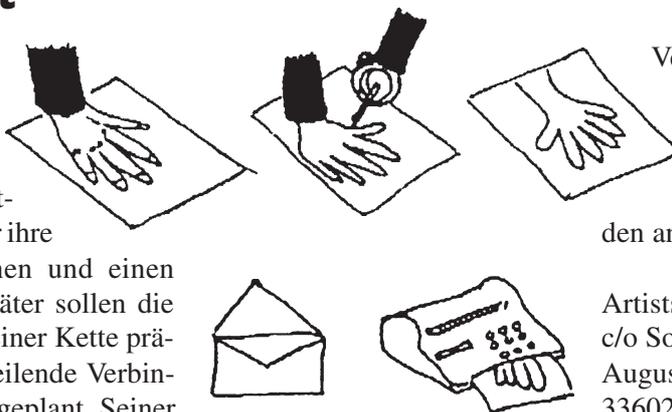
- 600 bis 725 US-Dollar müssen Tibeter für einen Paß bezahlen, wenn sie ihr Land legal verlassen wollen. Durch diesen für die meisten Tibeter unerschwinglichen Preis wollen die chinesischen Behörden die vermehrte Ausreise verhindern.
- Schätzungsweise rund 2000 tibetische Kinder werden jedes Jahr von ihren Eltern ins indische Dharamsala geschickt, damit sie dort eine bessere Ausbildung als in ihrer Heimat erhalten. Meistens treten sie im Winter die gefährliche Flucht über den Himalaya an. Manchmal werden sie von ihren Eltern begleitet, die dann allein nach Tibet zurückkehren.
- Der Dalai Lama zeigte sich „traurig“ über die Atomwaffentests Indiens. In einer Presseerklärung seines Büros hieß es, daß das tibetische Oberhaupt vehement jegli-

che Art von Massenvernichtungswaffen ablehnt und sich für eine atomwaffenfreie Welt einsetzt. Mit Blick auf den Westen sagte der Dalai Lama, es sei nicht angebracht, Indien zu verurteilen, solange die westlichen Staaten selbst Atomwaffen besäßen.

- Geschäfte des Westens mit China bringen nach Ansicht des Dissidenten Wei Jingsheng noch keine Demokratisierung. Den Investoren ginge es nicht darum, die Wirtschaft in China zu stabilisieren und auf diese Weise demokratische Reformen voranzutreiben, sondern sie wollten „die Menschen maximal ausbeuten und Profite machen“, sagte Wei während seines Deutschlandbesuchs im April. Ohne politische Öffnung von innen sei die wirtschaftliche Krise der Volksrepublik nicht zu lösen.

„Give a Hand to Free Tibet“

Eine Million Hände wollte die Initiative „World Artists for Tibet“ sammeln, um auf die Situation in Tibet aufmerksam zu machen. In einer Aktion Anfang dieses Jahres forderten die Künstler Tibet-Sympathisanten auf, bis Ende September ihre Hand auf ein Blatt Papier zu zeichnen und einen Wunsch für Tibet dazuzuschreiben. Später sollen die Papierhände an der Grenze zu Tibet in einer Kette präsentiert werden – als Symbol für die heilende Verbindung zu Tibet und den Tibetern. Es ist geplant, Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama die Hände als Zeichen der



Verbundenheit zu überreichen. Wer noch eine Hand reichen möchte, kann sie einsenden an:

Artists Unlimited
c/o Somerville/Cozens
August-Bebel-Str. 94
33602 Bielefeld
Fax: 0521-65964. bs